

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Vorbestellung im Voraus 20 Mark. Im Monat, bei Bestellung durch die Posten 2,20 Mk., bei Postbestellung 2,40 Mk. (inkl. Porto).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff, den 10. Februar 1925

Redaktionspreis: Die Tagesblätter 20 Mark. Die Wochenblätter 20 Mark. Die Monatsblätter 20 Mark. Die Quartalsblätter 20 Mark. Die Halbjahresblätter 20 Mark. Die Jahresblätter 20 Mark.  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 34. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Dienstag den 10. Februar 1925

## Wolken über Vorderasien.

Selten hat ein Volk so auf der Höhe des Erfolges gestanden und ist dann so jäh in den Abgrund des Misserfolges hinabgestürzt wie das griechische. Mitten in Kleinasien standen seine Heere, eine türkische Armee schien noch vorhanden zu sein, nur noch eine kurze Strecke trennte die Griechen von der Hauptstadt Angora — da kam der furchtbare Fall. Mustafa Kemal Pascha, el Ghazi, der Siegreiche, wie ihn hernach sein dankbares Volk gerettetes Volk nannte, schlug die Griechen mit weit überlegenen Streitkräften entscheidend aufs Haupt und legte sie hinaus aus Kleinasien. Mit den griechischen Heeren segte er aber auch hinaus die gesamte griechische Bevölkerung: Kugel um Auge, Zahn um Zahn, das gilt im Orient genau so, wie vor 3000 Jahren. Satten die Griechen bei ihrem Vordringen gen Osten nichts Türkisches gesehen, so kam jetzt die Vergeltung. Smyrna, die größte griechische Kolonie, brannte nieder und bis zum Marmarameer hinauf gab es keinen Griechen mehr in Kleinasien.

Der Lausanner Friede kam und mit ihm die Bestimmung, daß die Griechen, die noch in der europäischen Türkei, die noch in den Küstenländern des Marmarameers saßen, auswandern durften oder auswandern mußten. Zehntausende von ihnen wanderten ab aus den Städten, wo ihre Vorfahren seit Hunderten oder Tausenden von Jahren gelebt hatten, denn Konstantinopel, das alte Byzanz, war ja eine wohl zur Hälfte griechische Stadt. Und der Mittelpunkt aller dieser Griechen war ihr religiöses Haupt, der Patriarch von Konstantinopel. Er war der Leiter aller der Bestrebungen, die darauf hinausgingen, Byzanz wieder zum Mittelpunkt eines großen griechischen Reiches zu machen, zu dem Griechenland, die Inselwelt des ägäischen Meeres, Mazedonien mit Saloniki, aber auch der westliche Teil Kleinasiens gehören sollte bis nach Rhodos hinunter. Wieder sollte die Hagia Sophia in Konstantinopel auch der Mittelpunkt der griechischen Kirche werden, der Halbmond, der 1453 das griechische Kreuz oben auf der Spitze erhebt hatte, sollte wieder befestigt, durch das griechische Kreuz ersetzt werden.

Die Träume sind angekränelt und der Strom der Auswanderer aus der Türkei nach Griechenland, der nach ziemlich genauen Angaben wohl an 250.000 Menschen umfaßt, ergoß sich über das Mutterland. An der Küste trafen die Türken das griechische Element durch die Ausweisung seines Patriarchen aus Konstantinopel. Natürlich protestierte das griechische Parlament, versiegte sich der griechische Kriegsminister zu Drohungen mit Krieg. Aber das sind Drohungen, die man auf der anderen Seite, in der Türkei, doch nicht ernst nimmt. Es kam von Athen in der die übliche Protestnote gegen die Ausweisung des Patriarchen, aber die türkische Regierung lehnt alles ab, was ihr in jener Note vorgeschlagen wird, hauptsächlich daß der Völkerbund oder das Haager Schiedsgericht zur Entscheidung über die Berechtigung zu jener Ausweisung herangezogen werden sollen. Ausdrücklich erklärt das türkische Außenministerium, daß man gar nicht daran denkt, nachzugeben. Immerhin konnte man doch so weit entgegen, daß an Stelle des ausgewiesenen Patriarchen ein neuer gewählt werden solle, und man erwartete diese Antwort. Und in deutlicher Antwort erklärt das Außenministerium, daß die Türkei zwar den Frieden wünsche, aber auch für den Krieg bereit sei.

Trotz dieser Ablehnung will nun die griechische Regierung die ganze Angelegenheit doch dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten. Der Patriarch Konstantin, der jetzt ausgewiesen ist, war bei den Türken überaus unbeliebt. Denn als die Entente 1918 Konstantinopel besetzte, da war unter den ersten von denen, die die Eroberer begrüßten, jener Patriarch. Das haben ihm die Türken nicht vergessen. Gewiß sind in Angora die Verhältnisse nicht mehr so einfach, und jenseits der Unmündigkeit steht Kemal, der Präsident der türkischen Republik, auf parlamentarische und innerpolitische Schwierigkeiten — er hat einmal gesagt, daß der allerkritischste Tag für die Türkei der Tag des Friedensschlusses sein würde, weil mit diesem Tage der Wiederaufbau des zerstörten Landes beginne — aber Drohungen Griechenlands können nur den einen Erfolg haben, auf eine vollkommen einige und vollkommen geschlossene Türkei zu setzen. Griechenland ist in seinem Kampf von seinem englischen Bundesgenossen im Stich gelassen worden, als das Glück von den griechischen Waffen wich, aber der englisch-französische Gegensatz in Vorderasien ist auch heute noch derselbe, wie vor drei Jahren. In der Platte der englischen Interessensphäre von Mesopotamien bis nach Palästina steht die französische Kolonie Syrien und gegen die englischen Vorkämpfer im Libanonland, im Hezbak und in Mesopotamien steht Ibn Saud, der Führer der Arabiten, vor mit tagtäglich wachsendem Erfolg. Da kann England einen griechisch-türkischen Krieg weniger denn je gebärden und die ganze Auseinandersetzung wird über einen Notenwechsel und griechischen Klagen vor Völkerbund und Schiedsgericht nicht hinauskommen, weil diesem Lande das einzige fehlt, was ihm sein Recht oder das, was es dafür hält, verschaffen kann, nämlich die Macht.

## Justiz und Barmat-Ausschüsse.

### Verdunkelung in den Standalaffären

Berlin, 7. Februar.  
In den Vorausschüssen des Reichstages und des Preussischen Landtages, die heute wieder zusammengetreten sind, herrscht ein gereizter Ton unter den Ausschussmitgliedern, und überdies hat sich, wie schon angekündigt worden war, jetzt die Justiz eingeschaltet, um gegen die Ausschussberatungen, die geeignet seien, den Genuß des gegen Barmat und Kautzler eingeleiteten Strafverfahrens zu gefährden, Einspruch zu erheben. Im Reichstagsausschuß gab das preussische Justizministerium die Anregung, die Verhandlungen des Ausschusses so lange auszuschieben, bis die Untersuchung der Gerichte soweit gefördert worden sei, daß die Gefahr einer Verdunkelung des Tatbestandes nicht mehr bestehen bliebe. Das würde so etwa Ende März der Fall sein.

In ganz vertraulicher Sitzung — ausgeschlossen wurden nicht nur die dem Ausschuss nicht angehörnden Reichstagsabgeordneten, sondern selbst die Vertreter des Reichsanwalts und des preussischen Finanzministeriums — beschloß man, zu den Darlegungen des Vertreters der Justiz Stellung zu nehmen. Auf Antrag des Abg. Pfleger (Bayern, Sp.) faßte man dann einstimmig den Beschluß, die Vernehmungen über die Kreditkredite einzustellen auszusehen. Eingeleitet worden waren diese Vorgänge durch Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Deutschvölkern. Die letzteren hatten erklärt, daß sie das von ihnen angebotene riesenhafte Belastungsmaterial nicht mehr beizubringen gedenken, weil der Ausschuss in seiner letzten Zusammenkunft keine Gewähr für eine einwandfreie Untersuchung biete. Die Sozialdemokraten bezeichneten diese Handlungswiese als „ein feiges Prüden vor der Verantwortung“.

### Landtagsausschuß gegen den Vorkündenden

Berlin, 7. Februar.  
Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages in der gleichen Affäre kam es heute zu heftigen Zusammenstößen. Dort führte an Stelle des verabschiedeten Vorkündenden Dr. Leidig (D. Sp.) der demissionarische Abgeordnete Dr. Deebert, ein Berliner Kammergerichtsrat, den Vorsitz. Ihn beschuldigten nun die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, bei der Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Fall sich durch ungeschickliche Fragen parteiisch gezeigt zu haben. Es ging mit Für- und Widerreden hin und her, bis die Sozialdemokraten gegen Deebert ein Mißtrauensvotum einbrachten. Zur Abstimmung darüber brauchte es nicht erst zu kommen, da Dr. Deebert schon infolge des Antrages sein Amt niederklegte. Die demissionarischen Mitglieder des Ausschusses behielten sich vor, darüber zu befinden, ob diese freiwillige Entlassung gerechtfertigt sei. Damit es aber überhaupt weitergehen konnte, wurde vorläufig der Abg. Dr. Finckel zum Vorkündenden bestimmt und es begann die

## Die Entschädigungen für die Ruhr.

2000 Millionen Goldmark.  
Berlin, 7. Februar.  
Das Berliner Tageblatt behauptet in seiner heutigen Abendnummer die Ruhrindustrie habe vor den verabschiedeten 70 Millionen Entschädigungen durch die „Hisa“ (Hilfskasse), eine Organisation, die bald nach Beginn des Ruhrkampfes begründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde, für mindestens 2 Milliarden Kredite auf nicht werbefähiger Grundlage erhalten. Die Ruhrindustrie habe mit den Geldern ihre Veranlagen ausgebaut und teilweise auch Summen in werbefähige Devisen umgewandelt. Die Kredite seien dann später infolge des Marksturzes mit einigen Papiermark zurückgezahlt worden. Das Reichswirtschaftsministerium habe diese Kredite begünstigt und sich nicht für werbefähige Berechnung eingesetzt. Reichswirtschaftsminister war damals der volksparteiliche Abgeordnete Decker. Das Blatt, das diese Darlegungen bringt, fordert von der Reichregierung Aufschluß und Untersuchung.

**Erklärungen des Bergarbeiterverbandes.**  
Der Bergarbeiterverband veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen die Behauptung wendet, er habe sich für die Entschädigungen an die Ruhrindustrie eingelassen. Am 19. Oktober 1923 fand nach dem Wortlaut der Erklärung in Berlin eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern statt. In dieser Sitzung berichtete Oberbergat v. Velken über die bis dahin stattgefundenen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Vicum. Am Schluß seines Berichtes machte er die Mitteilung, die Regierung habe erklärt, am 20. Oktober die Zahlung der Zuschüsse an das Ruhrgebiet einzustellen.

**Vernehmung des Abg. Wiffel,**  
der in einem Brief an den Ausschuss erklärt hatte, daß alles, was der Kriminaloberinspektor Klinghammer über seine Tätigkeit bei der Aus- und Einfuhrbewilligung ausgesagt habe, falsch sei. Wiffel verbietet sich zunächst, mit „Reichsminister“ angedeutet zu werden, da er das ja nicht mehr wäre. Dann erklärte er, daß er als Wirtschaftsminister nie eine Aus- oder Einfuhrbewilligung für Braupapier (das war von Klinghammer behauptet worden) erteilt habe, da er dafür ja gar nicht zuständig gewesen sei.

## Um das beschlagnahmte deutsche Eigentum.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 9. Februar. Die Morgenblätter werden aus Washington: Die Einbringung des Antrags Vorab über die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums hatte in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten eine Debatte zur Folge, in der der demokratische Senator Johnson erklärte, die Regierung habe gemäß den Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages nicht das Recht, das Eigentum zurückzugeben. Wenn Amerika das beschlagnahmte Eigentum zurückgeben würde, so würden die amerikanischen Steuerzahler schließlich die Lasten für die Ansprüche amerikanischer Staatsbürger gegen Deutschland zu tragen haben. Der Senator Simmons erklärte, das Eigentum solle so lange beschlagnahmt bleiben, bis Deutschland die Versicherung abgegeben habe, daß es die amerikanischen Schadenerschaftsprüfung zu zahlen beabsichtige.

## Für Deutschlands Völkerbunds-Beitritt.

Paris, 9. Februar. Paul Boncour, der Präsident des Ausschusses für nationale Verteidigung, sprach am Sonntag über das Thema: „Die Zukunft Europas und der Völkerbund“ und erklärte, es läge im Interesse Europas, Frankreichs und auch Deutschlands, wenn sich die deutsche Regierung nunmehr bald um die Aufnahme in den Völkerbund bemühe. Voraussetzung sei noch wie vor, daß Deutschland keine Ausnahmebehandlung verlange.

## Zum griechisch-türkischen Konflikt.

Berlin, 9. Februar. Der „Volksanzeiger“ meldet aus Konstantinopel: Die Zeitungen veröffentlichten eine Meldung, wonach griechische Truppen an der Grenze von Thrazien konzentriert werden. In offiziellen türkischen Kreisen erklärt man, keine Befähigung dieser Meldung zu haben. Die Türkei sei aber entschlossen, eine Aktion zu unternehmen, falls die Meldung bestätigt werden sollte.

Wazu bemerkte Hugo Stinnes, in wenigen Tagen werde die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes, vom Hunger getrieben, zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Loslösung des Rhein-Ruhrgebietes und die Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates sei die Folge. Komme es soweit, dann müsse sofort versucht werden, zu einer Regelung der Rhein-Ruhrwirtschaft mit den Franzosen zu gelangen. Für diesen Fall fordere er die Hilfe der Gewerkschaften. Generaldirektor Bögler bemerkte, daß, wenn der Rhein-Ruhrstaat nicht zu umgehen sei, sofort mit den Franzosen in Verhandlung getreten werden müsse über eine möglichst günstige Grenze dieses Rhein-Ruhrstaates.

Die Arbeitnehmer lehnten diese Gedankengänge ab. Zu der Ankündigung der Regierung, die Zahlungen für das besetzte Gebiet einzustellen, sah die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes am folgenden Tage den Beschluß, zu verlangen, daß das Reich die Reparationen der Sachleistungen für die Reparationen übernehmen und diese nicht dem besetzten Gebiet überlasse. Die Rückzahlung werde das Charakters der Ruhrhilfe und die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes vom Reich sowie die wahrscheinlich Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates unter französischer Oberhoheit bedeuten. In der Entschädigung wird mit keinem Wort etwas über Entschädigungen gesagt.

## Die Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse.

Abvertriebene Gerichte.  
Berlin, 8. Februar.  
Ein Berliner Blatt bringt eine Darstellung über „Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse“, in der von einem Geschenk des Reichs noch vor den Millionenentwürfen gesprochen wird. Hierin wird amtlich feststehendes festgestellt.

geblüht, auch im Stambul-Teil ist es noch nicht wiederhergestellt. So schlingt man in Angora um in  
Stoffdecken im Obigen.  
Die Montiere, diese naturwunderlichen Sturftiere, geben gut ab und liefern oft mehr Milch.  
Tones aus Selt und Garten.  
Das Mittel der gelben Verfertigung hat vor  
ber reichen Stauer 1891 und vor der schwarzen  
relief in gipfelförmigen auf 3 kg hohem Stauer ab.  
Sollschilde  
Stipfelten • Elmoch.  
Stien





# Die bewegtere Modelinie



K 2668. Abendkleid aus farbiger Kunstseide in Heringsform mit breiter Spitzenkante. Großes Hüftschlitzmuster in Größe I, II und IV.  
 K 2661. Abendkleid aus silbergrauer Seide mit zispeligen Teilen aus Krepp-Georgette. Großes Hüftschlitzmuster in Größe I, II und III erh.  
 K 2612. Nachmittagskleid aus Seidenmuffeln über gleichfarbigem Unterfeld aus Kunstseide. Großer Hüftschlitz. Größe I, II, III.

Die starre Linie des Hemdkleides ist gebrochen, bewegter wird die Silhouette! Wohl sieht man noch überall das enge, gerade Hemdkleid, aber es macht sich doch schon das Bestreben geltend, ihm durch die Garnitur zu einem veränderten Eindruck zu verhelfen. Eingetragene Spitzenvolants oder duftige Krepp-Georgetteile, zispelig über das glatte Kleid aus glänzender Kunstseide fallend, küsschen vorläufig einen weiteren Rock vor, der in Wirklichkeit nicht mehr lange auf sich warten lassen wird. Jede Mode entwickelt sich logischerweise aus der vorhergehenden. Die bewegtere Linie, die sich heute erst durch die Garniturtelle präsentiert, wird bald in eine Bewegungsfreiheit ausarten, die vielen erwünscht sein wird. Die Röcke konnten ja auch nicht mehr knapper werden. Man läßt sie immer mehr, um den Frauen die schließlich nötige Bewegungsmöglichkeit zu geben. Aber auch da war die Grenze bald erreicht. Nun muß natürlicherweise der Rock, das Kleid wieder weiter werden. Gestweilen versucht die Mode durch die Garnitur allmählich unser Auge an die neue veränderte Silhouette zu gewöhnen. Wie immer, sind es die Gesellschafts- und Abendkleider, die den neuen Modedanken zuerst aufnehmen. Man freut sich über das geschmackvolle Bild, das einem Belourchiffonkleid eine aufgesetzte, pelzbezogene Glodenkante gibt und ist auch mit eingetragenen, vorn geteilten Ueberteilen aus der Seide des Kleides zufrieden, zu der duftiger Kreppansatz und Passe in wirkungsvollem Gegensatz stehen. Sehr neu und hübsch ist auch die Anordnung aus farblich fein abgetönten Schleierkrepp über dunklerer Glanzseide. In der altgewohnten tiefen Taillenslinie halten zuweilen dann Toilette Schleierchen — Remingtonen an die Kindertage — die weiche Stoffülle zu grazilösem Fall zusammen. In doppelseitiger Seide sieht man viel die tief eingelegten Toffalten, die, wenn man ruhig steht, wohl noch eng zusammenfallend die gerade Silhouette wahren, aber bei jeder Bewegung der Trägerin spielend nachgeben und schon charakteristisch für die bewegtere Modelinie sind, die bald auch auf die Tagesmode überreifen wird. Anna P. Wedekind.



K 2663. Mittelkleid aus doppelseitigen farbiger Seide, zu Toffalten geordnet. Großes Hüftschlitzmuster in Größe I, II und III erhältlich.  
 K 2611. Elegantes Abendkleid aus schwarzem Seidenstoff mit aufgesetzter Glodenkante, die Pelzbezogenheit hat. Großes Hüftschlitzmuster in Größe I, II und IV.

## Landbund Meissen.

Mittwoch, den 11. Februar spricht im Landw. Verein ein Herr vom Landw. Kreditverein Dresden über:

## Kreditmöglichkeiten der Landwirtschaft zur Jetztzeit.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten in Anbetracht der wichtigen Tagesfrage. Kaiser.

## Stenographenverein.

Dienstag, den 10. Februar abends 7/8 Uhr im „Amtshof“

## Beginn des Kurses für Nichtmitglieder.

Mittwoch, den 11. Februar nach der Übungsstunde Monatsversammlung. Der Vorstand.

## Lindenschlößchen

Dienstag, den 10. Februar

## Karpfenschmaus mit feinem Ball.

Dazu laden freundl. ein Ernst Horn u. Frau.

## Rest. Gute Quelle

Mittwoch, den 11. Februar

## Karpfenschmaus

mit musikalischer Unterhaltung wozu ergebenst einladet Frau verw. Fuchs.

## Verschiedene Fabrikate

Rundfunk-Apparate und Zubehörteile, Antennenbau, Schlosserei, elektrische Licht- u. Motor-Anlagen

## Otto Nestler, Oberwartha

Fernsprecher Gassebaude Nr. 77

## Gewerbeverein.

Morgen Dienstag

## Jahreshauptversammlung

Freisch

## Seefisch

empf. Paul Humpisch.

## Strohseile

200 Schock verkauft

Röhrodorf Nr. 35.

## Ostermädchen

event. mit Familienanschluss und ein

## Osterjunge

gesucht.

Su erfragen unter Nr. 533 in der Geschäftsstelle d. Bl.

## Hausmädchen

für kleineren Villenhausball nach Dresden für 1. März gesucht. Hausmann vorzuziehen, Zentralheizung. Vorzuziehen werktags bei Horn, Dresdens Reich, Winterbergstr. 99. Jahrgeld wird vergütet.

Einen **unübertrefflichen Erfolg** sichern Ihnen die Anzeigen in den **Leipziger Neuesten Nachrichten** der meistgelesenen Tageszeitung Deutschlands außerhalb Berlins.

Die L. N. N. werden nicht nur in Mitteldeutschland, ihrem Hauptverbreitungsgebiet, sondern im ganzen Deutschen Reich und im Auslande viel beachtet und sind besonders stark in Industrie- und Handelskreisen sowie im kaufkräftigen Mittelstand verbreitet.

Tageauslage Dezember 1924: ca. 167 000

Probenummern und Preisankündigungen auf Verlangen kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle, Leipzig, Peterssteinweg 19.

**Gegen Husten!**  
 Echt bayrischer Bockmalz Eukalyptus-Bonbons  
 1/2 Pfund — 30 Stk.  
 fow. alle anderen Hustenbonbons empfiehlt  
 Firma Schokoladenonkel  
 Inhaber Joseph Adolf Zabraski

## Autogarage

Passender Raum zur Unterstellung eines Kraftwagens gesucht. Offerten unter Nr. 222 an die Geschäftsstelle des Wilsdruffer Tageblattes.

---

## Die älteste Rofschlächterei

Speisemischerei, Pferdegeschlächterei im Plauenischen Grunde.  
 Inhaber: **Karl Siering, Postschopp.**  
 Tharandter Straße 25, Fernruf Amt Freital 161  
 Anschluss auch nachts  
 kauft laufend Schlachtpferde zu allerhöchsten Tagespreisen.  
 Bei Unglücksfällen sofort Tag und Nacht mit Transportgeschirre zur Stelle.

## Ein Ereignis für Oberschlesien

und weit darüber hinaus ist **Oberschlesien im Bild** die Unterhaltungsbeilage der ältesten und weitverbreitetsten Tageszeitung **Der ober-schlesische Wanderer** **Rein Oberschlesier im Reiche** verabsäume sein Heimatblatt beim Postamt od. direkt beim Verlag in Gleiwitz zu bestellen **Anzeigen vermittelt die Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“ ohne jeden Aufschlag**

**Apfelsinen Zitronen Konserven**

Solange Vorrat reicht **2 große Rümmele-Käse 25 Pfennige.**

**Alfred Jäpel, Wilsdruff.**

**Margarine Marmelade Konfitüren** (zum Pfannkuchen fällen)

Zwei Sprüche.

Schminte.  
Halt' von geschminkten Frau'n  
Und farbenprächtig'n Frau'n  
Dir deine Wohnung rein . . .  
Die Mär könnt' Wahrheit sein,  
Nach welcher, leider, noch in jeder  
Durch falsches Spiel und Pflanzfeder —  
— wie er sich auch dagegen müht —  
Unglück in Haus und Herz großsieht.

Weshalb . . .  
Weshalb, so frag' ich, Heros, dich,  
Wünschst du als schöne Rose mich  
Wenn du, so heiß du auch entflammst,  
Die Dornen, die ich trag', verdammt . . . ?  
Käte Lubowski.

Geschäft und Politik.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Der vom preussischen Landtag eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Angelegenheit Staatsbank-Rutiser-Barmat hat unzweifelhaft festgestellt, daß eine Verquickung von Geschäft und Politik stattgefunden hat. Die Gebrüder Barmat haben sich derjenigen politischen Partei genähert, die gerade das verhindern will, was sie selbst tun: nämlich die Anhäufung großer Privatvermögen. Die Barmats haben natürlich geglaubt, durch diese Verbindung ihren Geschäften zu nützen; die sozialistischen Lebensarten, die sie dabei vielleicht im Grunde geführt haben, dürften ihnen kaum eine große innere Selbstüberwindung bereitet haben. Geschäftslente im Stile der Barmats gibt es natürlich sehr viele, und es wäre daher töricht, sich über einen Spezialfall besonders zu erregen. Man wird auch gewiß in Zukunft nicht verhindern können, daß smarte Geschäftsleute den Versuch machen, durch Zur-Schau-Tragen einer bestimmten politischen Gesinnung Einfluß bei Machthabern zu gewinnen. Vielmehr muß der Sebel an der anderen Seite angefaßt werden. Staatsmänner und Politiker müssen gegenüber solchen an sie heranretenden Bestrebungen allergrößte Zurückhaltung bewahren. Dies gilt besonders für die Fälle, in denen die Lebensmoral und die Geschäftspraxis solcher Personen in offenkundiger Disharmonie zu den Zielen stehen, welche diese Politiker oder Staatsmänner verfolgen. Die Barmats sind alles andere als Vorkämpfer für die soziale Befreiung der Massen und für die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung!

Als vor etwa fünf Jahren der Beleidigungsprozeß des damaligen Finanzministers Ergberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich stattfand, wurde bereits lebhaft das Thema „Geschäft und Politik“ besprochen. Wer seinem Volke als Abordneter oder als Staatsmann dienen

will, muß alle sonstigen Beziehungen lösen, die ihn an der Ausübung seines Amtes hindern können. Darum dürfen z. B. aktive Staatsmänner nicht dem Aufsichtsrat einer privaten Erwerbsgesellschaft angehören. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein Abgeordneter seinen Beruf aufgeben muß. Er darf jedoch den Einfluß und die Kenntnisse, die er durch seine Eigenschaft als Abgeordneter oder als Staatsmann erlangt, nicht zu seinem persönlichen Vorteil benutzen. Es wird immer bis zum gewissen Grade Sache des persönlichen Anstandsgefühls sein, wie weit der einzelne in der Selbstverleugnung geht; wenn aber diese Selbstverleugnung nicht mehr das moralische Ideal unserer politischen Führer ist, versinken wir in eine politische Unmoral, wie wir sie in gewissen romanischen Ländern immer wieder schauernd erleben konnten.

Deutscher Reichstag.

(17. Sitzung.) OB. Berlin, 7. Februar.  
Beim Schluß der gestrigen Sitzung gab der Präsident die Mandatsniederlegung des sozialdemokratischen Abg. Bauer bekannt. Als Nachfolger Bauers wird der sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Serl aus Magdeburg in den Reichstag gehen. Sein Landtagsmandat übernimmt der Redakteur der Magdeburger Volksstimme Ketsch.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Siam. Abg. Dauch (D. Vp.) empfahl auf Grund der Ausschussverhandlungen die Annahme des Vertrages. Abg. Freiherr von Freitag-Loringhoven (Dm.) meinte, der Vertrag mit Siam widerspreche der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reiches. Abg. Haas (Dem.) wandte sich gegen diese Änderung und beantragte, Reichsaußenminister Dr. Stresemann herbeizurufen, damit er auf diese Änderung erwidere. Abg. Hermann Müller-Frauen (Soz.) unterstützte diesen Antrag. Daran schloß sich die nationalsozialistische Abg. Kube die Beschlüßfähigkeit des Hauses. Da das Bureau im Zweifel war, so mußte eine namentliche Abstimmung vorgenommen werden, die nur die Anwesenheit von 242 Abgeordneten ergab. Das Haus war also beschlußfähig. Präsident Loh schloß daher die Sitzung und veranlaßte die nächste Sitzung 10 Minuten später an.

Die zweite Sitzung.

In der neuen Sitzung nahm das Haus zunächst einen Gesetzentwurf zum deutsch-tschechoslowakischen Abkommen über Erleichterung im Grenzverkehr an und setzte dann die Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fort. Dabei meinte der Abg. Käbel (Nomm.) daß aus der Tätigkeit des internationalen Arbeitsamtes für die deutschen Arbeiter noch nichts herausgekommen sei und auch nichts herauskommen könne, weil in Deutschland jetzt die letzte Etappe der Reaktion erreicht sei. Das internationale Arbeitsamt lechnte die Kommunisien auch ab, weil es das Organ des kapitalistischen Völkerbundes sei.  
Die Abg. Frau Bohm-Schau (Soz.) wünschte Vorlage der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten so rechtzeitig, daß die Gewerkschaften dazu Stellung nehmen können. Weiter verlangte sie Erhöhung der Zahl der Aufsichtsbeamten, damit wenigstens einmal im Jahre jedes gewerbliche Unternehmen gründlich geprüft werden könne.  
In der weiteren Debatte wurden dann ziemlich ausführlich Fragen des Handwerks und der Lehrlingsausbildung besprochen, wobei der deutschnationale Abg. Diezler größeres Verständnis für die Bedürfnisse des Handwerks verlangte. Abg. Thiel (D. Vp.) trat für Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ein, während der Abg. Beyhlin (D. Vp.) den Eintritt Deutschlands in das internationale Arbeitsamt von der vollen Gleichberechtigung Deutschlands abhängig machte. Da inzwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann

im Hause erschienen war, wurde die Vorberatung unterbrochen und die Erörterung über das deutsch-siamische vorläufige Wirtschaftsabkommen fortgesetzt. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wandte sich dabei zuerst gegen die Kritik des deutschnationalen Abg. von Freitag-Loringhoven. Unberechtigt sei auch die Kritik daran, daß der Text des Abkommens in englischer Sprache abgefaßt sei. Das Zurückgreifen auf einen Text in dieser Sprache sei für die deutschen Kaufleute zweifellos praktischer, als wenn man sich auf die wenig bekannte siamische Sprache stützen muß. Des Weiteren sei bemängelt worden, daß Deutschland die siamische Gerichtsbarkeit anerkannt habe; gerade Deutschland müsse es vermeiden, für sich eine Machtlosigkeit zu holen, die zwar selbst Gleichberechtigung für sich verlange, sie aber anderen verweigere.  
Bei der Abstimmung stellte sich dann Beschlüßfähigkeit heraus, so daß das Haus auf Montag vertagt wurde.

Politische Rundschau

Verstärkte Sicherheiten für Reichspostkredite.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost nahm in einer Sitzung den Bericht des von ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses entgegen. Es wurde festgestellt, daß im Zusammenhang mit den vom Reichspostminister dem Barmat-Konzern gewährten Krediten gegen andere Beamte des Reichspostministeriums irgendwelche Vorwürfe nicht zu erheben sind. Der Verwaltungsrat beschloß, für die Zukunft die Ausleihung der öffentlichen Gelder der Reichspost an verstärkte Sicherheiten zu binden. Er hat zu diesem Zweck neue Vorschriften für die Anlage und Verwendung der Postgespender erwogen.

Der Reichskanzler beim Deutschen Städtetag.

Zu Ehren des Deutschen Städtetages hatte die Stadt Berlin zu einem parlamentarischen Abend eingeladen. Oberbürgermeister Dr. Böhm begrüßte die anwesenden Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung, der Länderregierungen, des Reichsrats, des Staatsrats und der Städteverwaltungen, besonders aber den Reichskanzler Dr. Luther, der in dem Kreise des Städtetages kein Fremder sei. In seiner Antwortrede gedachte Reichskanzler Dr. Luther seiner alten Beziehungen zum Städtetag, um dann auf die hohen Aufgaben des Städtetages und der deutschen Städte einzugehen.

Kriegsbeschädigtenfragen.

Im Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen erklärte ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums zu der Entwicklung des Versorgungsrechtes, daß die Regierung bereit sei, nach Möglichkeit den Wünschen der Kriegssopfer entgegenzukommen. Da jedoch die Zahl der Versorgungsberechtigten sehr groß sei, könne man auch jetzt nicht allen Wünschen gerecht werden. Die Versorgung der Kriegssopfer, ausschließlich der Offiziere und Beamten des alten Heeres, kostet das Reich jährlich rund 900 Millionen Mark.

„Unsere Heimat“ — Beilage zum Wilsdruffer Tageblatt.

folkt mir N. N. mein Fleisch und Blut nicht vergehren. Friede im Himmel, Freude auf Erden, Friede in meinem Fleisch und Blut, gleichwie das heilige Firmament am Himmel tut. Das heil mir N. N. Gott Vater, Gott Sohn und Gott heiliger Geist. Amen. — Damit die Beschwörung wirkte, muß man daran glauben, und die weisse Frau darf keine Bezahlung fordern. Der Zauber wirkt schon, wenn er an Kleibern des Kranken, etwa am Hemd, ausgeübt wird.  
Auch das geschriebene Wort wirkt Wunder, wenn mans bei sich trägt, im Gesangbuch oder unter Glas und Rahmen über dem Bett oder über der Tür aufbewahrt. Hierher gehören die sogenannten Schutzbriefe.

Haus- und Schutzbrief.

Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes! Amen! L. J. F. R. P. B. R. U. R. Die Buchstaben der Gnade. Im Namen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. So wie Christus im Delfgarten stille stand, so soll alles Geschöpf stille stehen. — Wer diesen Brief bei sich trägt, den wird nichts treffen von des Feindes Geschüh und er wird vor Dienen gesichert sein. Er darf sich nicht fürchten vor Degen, Gewehren, Pistolen; denn so wie man auf ihn anschießt, so müssen durch den Tod und Befehl Jesu Christi alle Geschöpfe stille stehen, ob sichtbar oder unsichtbar. Alles durch den Befehl des Engels Michaels im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes: — Gott sei mit uns! Wer diesen Segen gegen die Feinde bei sich trägt, der wird vor den feindlichen Kugeln geschützt sein. Wer diesen nicht glauben will, der schreibe ihn ab, hängt ihn einem Hunde um den Hals und schieße auf ihn, so wird er leben, daß der Hund nicht getroffen wird, und daß es wahr ist, auch wird derjenige, der an ihn glaubt, nicht von den Feinden gefangen genommen werden. So wahr es ist, daß Jesus Christus auf Erden gewandelt hat und gen Himmel gefahren ist, so wahr ist es, daß Jeder, der an diesen Brief glaubt, von allen Gewehren und Waffen im Namen des lebendigen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes unbeschädigt bleiben soll. Ich bitte, im Namen unseres Herrn Jesu Christi Blut, daß mich keine Kugel treffen möge, sie sei von Gold, Silber oder Blei. Gott im Himmel halte mich von allem frei, im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Dieser Brief ist vom Himmel gesandt und in Holfstein gefunden worden im Jahre 1724 und schwebte über der Taufe Magdalenens, wie man ihn aber angreifen wollte, wich er zurück (bis zum Jahre 1791) bis sich jemand mit dem Gedanken näherte, ihn abzuschreiben. Ferner gebietet er, daß derjenige, welcher am Sonntage arbeitet, von Gott verdammt ist. Ich gebe euch sechs Tage, eure Arbeit fortzusetzen und am Sonntage früh in die Kirche zu gehen, die heilige Predigt und Gottes Wort zu hören. Werdet ihr das nicht tun, so will ich euch strafen. Ich gebiete euch, daß ihr des Sonntags früh mit jedermann, jung und alt, andächtig für eure Sünden betet, damit sie euch vergeben werden. Schwöret nicht boshaftig bei meinem Namen, . . . nicht Silber oder Gold und sehet nicht auf fleischliche Lüfte und Begierden, denn sobald ich euch verlassen habe, sobald kann ich euch auch wieder vernichten. Einer soll den andern nicht töten mit der Zunge und solltet nicht falsch gegen eure Nächsten sein, freuet euch eurer Güter und eures Reichthums nicht. Ehret Vater und Mutter, redet nicht falsches Zeugnis wider eure Nächsten, so gebe ich euch Gesundheit und Segen. Wer aber diesem Brief nicht glaubt und sich darnach nicht richtet, der wird kein Glück und Segen haben. Diesen Brief soll einer dem andern geschrieben oder

Zahl der Mitglieder Ende März: 31. Die Sektion hat bis Anfang April zwei Sitzungen abgehalten und drei Exkursionen (nach Kesselsdorf, nach dem Saubachtal und nach Weistropf und Niederwartha) ausgeführt. (Ueber Berg und Tal vom 15. Mai 1881.)

Die im Wachsen begriffene Sektion zählt jetzt 35 Mitglieder. Die letzte Sitzung fand am 10. April statt. Der Vorsitzende, Schuldirektor desgen. E. Gerhardt, sprach in längerem Vortrage über den Zweck und die Aufgabe des Gebirgsvereins und insbesondere über die von der Sektion Wilsdruff zu erfüllenden Aufgaben. Die Sektion löst sich das gemeinsame Durchwandern ihres Gebietes fleißig angelegen sein; sie hat während der Monate April und Mai folgende Exkursionen ausgeführt: am 10. April nach der Neubademühle; am 14. April nach dem Walgenberg bei Weistropf; am 15. April auf der Kampersdorfer Höhe nach dem Triebischale; am 8. Mai nach der Liebeneide und dem Waldfrieden bei Colledaude; am 18. Mai nach der Ankersdorfer Triangulierungssäule (interessante Inschriften an der sehr alten Scheune des Garthseichen Gutes in Ankersdorf aus den Jahren 1670 und 1763) und Rennersdorf; am 25. Mai nach Tharandt zur Feier des Frühlingsestes. Der wolkenbruchartige Regen, der am 28. Mai die Dresdner Gegend schwer heimsuchte, hat auch Wilsdruff hart betroffen. Insbesondere war hier die „Bilbe Sau“ zu einer enormen, noch nie erlebten Höhe angeschwollen und hatte in den an diesem Tage gelegenen Ortschaften, wie Wilsdruff, arge Verwüstungen angerichtet. Am 30. Mai fanden auch hier Durchzüge der vierfeldigen Wasserjungfern (Libellula quadrimaculata) statt, welche am Tage vorher in großen Wolken in der Richtung von SO nach NW über Dresden hingezogen waren. E. Gerhardt. (Ueber Berg und Tal vom 15. Juni 1881.)

Herr Oberst Vollborn, welcher die Landesvermessung für die große Generalstabkarte in der Nähe von Wilsdruff leitete, hat die Bibliothek der Sektion mit einem Verzeichnis von ungefähr 80 Höhepunkten in und um Wilsdruff beschenkt. Mitglieder: 36. (Ueber Berg und Tal vom 12. September 1881.)

1883. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, des Herrn Schuldirektor Gerhardt, der in der am 20. Januar abgehaltenen Versammlung (1883) sein Amt niederlegte, wurde der Oberlehrer Bang zum Vorsitzenden der aus 8 Mitgliedern bestehenden Sektion gewählt, das Amt eines Schriftführers und Kassierers übernahm wieder Herr Lehrer Thomas. Am 31. Januar machte die Sektion einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Kesselsdorf und Grumbach. Das Fortbestehen derselben ist etwas gefährdet, da den Mitgliedern jede Aussicht genommen ist, hier irgend etwas zu schaffen. Trotzdem werden wir versuchen, nach Möglichkeit den Aufgaben des Vereins gerecht zu werden und insbesondere uns bemühen, neue Mitglieder zu werben.

Der Gebirgsverein hat auch geistige Aufgaben, z. B. Durchforschung des Gebietes in geschichtlicher und naturwissenschaftlicher Beziehung und dazu wird sich den hochgeschätzten Vereinsgenossen in Wilsdruff gewiß manche Gelegenheit bieten. (Die Redaktion.)

Hauptversammlung den 27. Januar 1884 in Pirna. Sektion Wilsdruff erhielt vorläufig 50 Mark. Die Sektion zählt 9 Mitglieder. Vorsitzender ist Oberlehrer Bang, Schriftführer und Kassierer ist Lehrer Thomas.

Bericht am 20. September 1885. Unter den 29 Sektionen tritt Wilsdruff nicht mehr auf. Als aufgelöste Sektion werden aufgeführt Berlin und Gloschütte. Das Schicksal der Wilsdruffer ist also unbekannt.

Am 9. April 1885 Gründung des Gemeinnützigen Vereins.

